

# Zukunftsinvestition Kind

Die Familienpolitik ist in Gang gekommen. Doch zu lange Ausbildungs- und Studienzeiten und falsche Subventionen schädigen immer noch das „Unternehmen Familie“ **VON ULRICH PFEIFFER**

Die Familienpolitik in Deutschland hatte lange Zeit ein weiches, sozial-engagiertes „Anhängsel“-Image. Kinder galten als Privatsache. Ganz im Gegensatz dazu beobachten wir in anderen Bereichen einen regelrechten Politikimperialismus, zum Beispiel durch Frühverrentung, Vorruhestand oder Altersteilzeit. Der Staat engagierte sich massenhaft dafür, dass ältere Arbeitnehmer ohne schlechtes Gewissen immer früher aus dem Berufsleben ausscheiden konnten. Die wirtschaftlichen und emotionalen Grundlagen der Familien kamen demgegenüber zu kurz.

Familien sind nicht einfach eine unter vielen Nachfrager- oder Lebensstilgruppen. Familien bilden Humankapital und bei gleichem Einkommen mehr Vermögen als andere Haushalte. Sie sind zukunftsorientierter, denn die Gründung einer Familie ist das Zukunftsprojekt schlechthin. Familien sind im Alter besser abgesichert. Nicht zuletzt, da sie ihre Pflegeprobleme häufiger allein bewältigen.

Nicht der Staat, sondern die Familien erwirtschaften die Alterssicherung der Kinderlosen. Familien beziehungsweise die Eltern sind in einem volkswirtschaftlichen Sinne – jedenfalls im Durchschnitt – weit produktiver als Kinderlose. Sie sind damit wesentlich progressiver als irrationale Konsum-Yuppies mit Kurzzeithorizonten, die es für chic halten, als

politökonomische Analphabeten in die Zukunft zu taumeln. Eine Werbung in „Eintagsfliegenmentalität“ lässt ökonomische und politische Unvernunft leider sexy erscheinen.

Die Politik muss der Gesellschaft zeigen, auf welchen Fundamenten sie steht, und diese Fundamente dann mitgestalten. Das erfordert unterstützende Reformen in ganz unterschiedlichen Bereichen. Der Geburtenrückgang war auch eine Folge des ständig steigenden Alters der Mütter bei Geburt ihres ersten Kindes. Dieser Anstieg ist nicht gestoppt. Die Ausbildungszeiten sind weiterhin zu lang, und die schwächelnde Ökonomie zwingt den jungen Berufseinsteigern in Form von gering bezahlten Praktika und befristeten Verträgen längere Übergangs- und Experimentierphasen auf. An eine Familiengründung ist dann kaum zu denken.

Die Familienpolitik muss den Bildungspolitikern, die sich noch immer nur halbherzig für kürzere Bildungszeiten engagieren, Beine machen. Die Familien müssen als Wirtschaftsorganisationen extrem zeitsensibel reagieren, denn sie organisieren durch die Kindererziehung langfristige Investitionen. Eltern investieren wertvolle Lebenszeit. Gerade Hochqualifizierten wäre sehr geholfen, wenn zum Beispiel ihre Dienst-

leistungsnachfrage für Kinderbetreuung großzügiger als Werbungskosten anerkannt würden, was weitere Dienstleistungskreisläufe oft durch Personen mit einfachen Qualifikationen in Gang setzen könnte. Eine gute Tagesmutter braucht kein Universitätsexamen. Eine hoch qualifizierte Mutter, die gern ihren Beruf ausüben möchte, könnte das Überangebot an gering qualifizierten Arbeitskräften ausgleichen.

Zurzeit gilt: Deutschland braucht mehr Promotionen, wobei Promotion hier als Synonym für alle hochwertigen Berufsabschlüsse steht. Aber eine steigende Promotionszahl reduziert unter gegenwärtigen Bedingungen die Kinderzahl morgen, und damit die demografische Basis für Promotionen übermorgen. So programmiert man wirtschaftlichen Abstieg durch falsche Familienpolitik.

Wir bleiben bis auf weiteres eine Gesellschaft mit fundamental selbstzerstörerischen Ungleichgewichten und Widersprüchen. Die in dieser Legislaturperiode wirklich in Gang gekommene Familienpolitik hat noch viel zu tun, so einen entlastenden Subventionsabbau. Die privaten Haushalte müssen einen größeren Gestaltungsspielraum in ihrer Einkommensverwendung erhalten, und zwar bald. Junge Menschen können heute dem Staat

nicht mehr trauen, der mit immer neuen Belastungen auf Grund der Alterung drohen muss und zu vielen Gruppen zu viele irrelevante oder sinnlose Subventionen verabreicht. Wer heute, statt Bauland billiger zu machen, die Eigenheimzulage beibehält, wer die viel zu hohen Subventionen für den Mietwohnungssektor, die Arbeitnehmersparzulage, Entfernungspauschalen und andere Lieblinge des Subventionsstaates nicht streicht, muss morgen Gesundheitsleistungen rabiater kürzen und wird für Familien nicht genügend Ressourcen aufbringen können. Die wirtschaftlichen Erwartungen potenzieller Familiengründer müssen stabilisiert werden. Die Subventionsverschwendung heute bedeutet mehr Armut an Kindern in der Gesellschaft von morgen.

Wer heute nicht das Abitur mit 17 oder 18 Jahren ermöglicht oder es schafft, dass die Lehre mit 17 statt mit 19 begonnen wird, benachteiligt das Unternehmen Familie weiter. Denn ökonomisch gesprochen verlängern sich deren Investitionsperioden, die Kinderkosten können bis in den Ruhestand reichen. Die Politik kann Werte in unserer Gesellschaft nur indirekt beeinflussen, aber sie kann das ökonomische Fundament der Familien verbessern.

**ULRICH PFEIFFER** ist Aufsichtsrat der Beratungsgesellschaft *empirica* und Sprecher des *Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung*.

